Protokoll der öffentlichen Gemeinderatssitzung Böbing

Sitzungstag: Montag, den 30. Juli 2018, 20:00 Uhr

Sitzungsort: **Sitzungssaal des Gemeindeamtes Böbing**

anwesend:

Vorsitzender:
1. Bürgermeister Erhard Peter

Schriftführer:
Peter Vogt

Gemeinderatsmitglieder:
Angerer Doris

Bair Christine

Eder Robert — wegen Urlaub entschuldigt;

2. Bgm. Erhard Johann

Hückl Franz

Jungwirth Thomas — wegen anderw. Verpflichtungen entschuldigt;

Kees Wolfgang

Leyerer Andrea

Pichl Florian

Schauer Josef

Schmid Stephan — wegen anderw. Verpflichtungen entschuldigt;

Strunz Hubert

Tagesordnung

1. Beratung und Beschluss zum Beitritt zur Kommunalen Verkehrsüberwachung beim Zweckverband Kommunales Dienstleistungszentrum Oberland
2. Genehmigung der Sitzungsniederschrift vom 09.07.2018, sowie Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
3. Vollzug des Baugesetzbuches und der Bayerischen Bauordnung;
   a) Antrag auf Tektur zur Errichtung von Dachgauben, auf Fl.Nr. 1386
   b) Antrag auf Befreiung von der Stellplatzsatzung auf Fl.Nr. 528/4, durch Frau Gertraud Schauer, Peißenberger Str. 19, 82389 Böbing
4. Billigungsbeschluss zum Bebauungsplan „Im Luß"
5. Grundsätzliches Interesse an der Beteiligung zur Gründung eines landkreisweiten Landschaftspflegeverbandes
6. Beratung zur gemeinsamen Resolution bezüglich der Ansiedlung von Einzelhandelsgeschäften im Bereich der IKEK Gemeinden
7. Errichtung von sog. Mitfahrerbankerl an den Bushaltestellen
8. Sachstand Breitbandausbau
9. Verschiedenes, Wünsche und Anträge

Erster Bürgermeister Peter Erhard begrüßte zur Gemeinderatssitzung die Mitglieder des Gemeinderates, Frau Spengel und Herrn Kindelmann von der örtlichen Presse sowie die 15 Zuhörer Er stellte die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest und ging zur Tagesordnung über.

TOP 1/10

Beratung und Beschluss zum Beitritt zur Kommunalen Verkehrsüberwachung beim Zweckverband Kommunales Dienstleistungszentrum Oberland

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßte Bürgermeister Erhard Peter den Geschäftsführer Herrn Braun vom Zweckverband Kommunales Dienstleistungszentrum Oberland.
Bürgermeister Erhard erklärte, dass die Verwaltungsgemeinschaft dem Zweckverband beitreten möchte und die Gemeinden Böbing und Rottenbuch eigens entscheiden müssten, ob auch die kommunale Verkehrsüberwachung in Anspruch genommen wird.
Herr Braun stellte dem Gemeinderat an Hand einer Präsentation den Zweckverband und deren Dienstleistungen vor. So könne neben der Kommunalen Verkehrsüberwachung, u.a. die Mobilität der Zukunft, Forderungsmanagement und Datenschutz angeboten werden. Insgesamt sind bereits 121 Städte und Gemeinden Mitglied beim Zweckverband.
Beim Zweckverband fallen als Mitglied kein Mitgliedsbeitrag oder Umlage an. Die Gemeinde Böbing hätte als Mitglied die Möglichkeit auch den ruhenden oder fließenden Verkehr in Böbing überwachen zu lassen. Hier werde pro gebuchtes Zeitkontingent gezahlt. Die Ausgaben werden mit den Einnahmen aus Verwarngelder und Bußgelder verrechnet, sodass die Gemeinde unter Umständen am Ende des Jahres sogar ein Plus verzeichnen könne. Letztendlich gehe es jedoch um die Verkehrssicherheit. Die Überwachung würde nach Absprache mit Polizei und Gemeinde übernommen.
Gemeinderätin Bair fragte nach, was passieren würde, wenn die Gemeinde über einen längeren Zeitraum von mehreren Jahren keine Verkehrsüberwachung buchen würde. Herr Braun erklärte, dass man dann die Gemeinde beten würde aus dem Verband auszutreten, allerdings ist bis dato keine Gemeinde ausgetreten. Die meisten Gemeinden nehmen die Überwachung des fließenden und/oder ruhenden Verkehrs regelmäßig in Anspruch. Gemeinderat Pichl erkundigte sich, wie oft die Verkehrsüberwachung des fließenden Verkehrs durchgeführt werden sollte. Herr Braun erklärte, dass man den Gemeinden empfiehlt dies regelmäßig d.h. mindestens wöchentlich durchzuführen. Dies könne zum Beispiel ein Zeitkontingent von 10-20 Stunden im Monat sein.
Gemeinderätin Bair erklärte, dass für sie wichtig sei, dass ein mögliches

Plus beim Zweckverband dann die Gemeinde einem sozialen Projekt/Bürgerstiftung zukommen lassen sollte.
Bürgermeister Erhard Peter erklärte, dass von den Bürgern in der Bürgerversammlung die Notwendigkeit einer Überwachung gefordert wurde. Er schlug vor, dass man den fließenden und bei Bedarf auch den ruhenden Verkehr überwachen lassen könnte. Der genaue Umfang müsse noch geklärt werden.
Es erging folgender

Beschluss: 9 : 1

Der Gemeinderat beschließt, dass die Gemeinde Böbing Mitglied beim Zweckverband Kommunales Dienstleistungszentrum Oberland für die kommunale Verkehrsüberwachung des fließenden und ruhenden Verkehrs wird.

TOP 2/10

Genehmigung der Sitzungsniederschrift vom 09.07.2018, sowie Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Die Sitzungsniederschrift vom 09.07.2018 ging jedem Gemeinderatsmitglied per Ladung zu. Es erging folgender

Beschluss: 7 : 0

Die Sitzungsniederschrift vom 09.07.2018 wird einstimmig genehmigt. Die Gemeinderäte Hückl, Leyerer und Pichl enthielten sich der Stimme, da sie bei dieser Sitzung nicht anwesend waren.

Erster Bürgermeister Erhard Peter informierte noch, dass in der letzten nichtöffentlichen Sitzung die Vergabe des neuen Traktors mit Schneepflug und Streuer an die Firma Völk beschlossen wurde und der Auftrag für einen neuen Ortsplan vergeben wurde.

TOP 3/10

Vollzug des Baugesetzbuches und der Bayerischen Bauordnung; a) Antrag auf Tektur zur Errichtung von Dachgauben, auf Fl.Nr. 1386

Erster Bürgermeister Erhard Peter informierte, dass hier ein Teilumbau der bestehenden Tenne mit Widerkehr und Schleppdachgauben erfolgen soll. Es erging folgender

Beschluss: 10 : 0

Von Seiten des Gemeinderates werden gegen das Bauvorhaben keine Einwendungen erhoben. Das gemeindliche Einvernehmen wird erteilt.
(Der Name und die Adresse des Antragsstellers werden aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht veröffentlicht.)

b) Antrag auf Befreiung von der Stellplatzsatzung auf Fl.Nr. 528/4, durch Frau Gertraud Schauer, Peißenberger Str. 19, 82389 Böbing

Erster Bürgermeister Erhard Peter trug vor, dass hier ein Antrag auf Befreiung von der Stellplatzsatzung vorliege. Auf der Fl.Nr. 528/8 ist ein Ersatzbau des bestehenden Einfamilienhauses geplant. Beim Bau des Wohnhauses auf Fl.Nr. 528/4 wurde eine genehmigte Doppelgarage errichtet. Erst später erfolgte eine Grundstücksteilung. Durch die Lage des Grundstückes ist es bei einem Neubau nicht möglich, die drei geforderten Stellplätze auf der Fl.Nr. 528/4 zu errichten. Der Antragssteller bitte darum eine Befreiung von der Stellplatzsatzung in Aussicht gestellt zu bekommen. Der Gemeinderat erklärte nach kurzer Beratung, dass aufgrund der besonderen Lage der Grundstücke einer Befreiung zugestimmt werden könne. Bei einem Neubau wurden zwei zusätzliche Stellplätze entstehen, welche momentan nicht vorhanden sind. Es erging folgender

Beschluss: 10 : 0

Dem Antrag auf Befreiung von der Stellplatzsatzung für den geplanten Neubau auf Fl.Nr. 528/4 wird zugestimmt.

TOP 4/10

Billigungsbeschluss zum Bebauungsplan „Im Luß"

Erster Bürgermeister Erhard Peter zeigte dem Gemeinderat den Entwurf der Bebauungspläne „Im Luß" für den Mischgebietsplatz sowie für die Wohngebietsplätze. Im Bereich der Wohngebietsplätze müssen noch Änderungen hinsichtlich der Firstrichtung, beim Baufenster, der NN Höhen, Wandhöhen und Firsthöhen sowie für die Zulässigkeit von DH mit zwei Wohnungen mit DHH max. 79 qm Wohnfläche erfolgen. Nach kurzer Beratung erging folgender

Beschluss: 10 : 0

Der Gemeinderat billigt die Entwürfe des Bebauungsplanes mit den vorgebrachten Änderungen. Nach Einarbeitung durch des Planungsbüros Hoffmann&Dietz soll in die öffentliche Auslegung gegangen werden.

TOP 5/10

Grundsätzliches Interesse an der Beteiligung zur Gründung eines landkreisweiten Landschaftspflegeverbandes

Erster Bürgermeister Erhard Peter informierte den Gemeinderat, dass geplant sei im Landkreis einen Landschaftspflegeverband zu gründen. Bereits andere Landkreise hätten eine solche Einrichtung, die aus Vertretern des Landkreises, der Kommunen, Landwirte, Maschinenring, etc. besteht. Ziel des Verbandes wäre es Ausgleichsmaßnahmen zu begleiten und ergänzend zu den Fachstellen wie der Unteren Naturschutzbehörde beim Thema Landschaftspflege zu beraten.
Auch der Kreistag habe vergangene Woche der Gründung des Verbandes zugstimmt. Heute gehe es lediglich darum, ob die Gemeinde Böbing grundsätzliches Interesse habe. Sollte dieses signalisiert werden, dann wäre man bei den Vorberatungen „mit im Boot". Einen endgültigen Beschluss zur Mitgliedschaft werde im Herbst fallen. Bis dahin stehe auch die Finanzierung des Verbandes fest.
Zweiter Bürgermeister Erhard Johann sprach sich dafür aus, dass man momentan grundsätzliches Interesse zeigen sollte. Dann könne man mitgestalten. Gemeinderat Kees erklärte, dass man die grundsätzliche Notwendigkeit für Böbing noch abklären sollte. Gemeinderat Strunz erklärte, dass man die Kosten im Auge behalten müsste. Bei einer Umlage von 1,00 € pro Einwohner, wären dies für Böbing fast 2.000 € jährlich. Nach weiterer Beratung erging folgender

Beschluss: 10 : 0

Der Gemeinderat beschließt, dass zur Gründung eines landkreisweiten Landschaftspflegeverbandes die Gemeinde Böbing grundsätzliches Interesse hat.

TOP 6/10

Beratung zur gemeinsamen Resolution bezüglich der Ansiedlung von Einzelhandelsgeschäften im Bereich der IKEK Gemeinden

Erster Bürgermeister Erhard Peter informierte, dass bei einem Treffen der IKEK Gemeinden auch das Thema „Nahversorgung" besprochen wurde. Vom Planungsbüro Leuninger&Michler wurde erläutert, dass im Zuge einer Ansiedlung von Einzelhandelsgeschäften auf die Nachbarkommunen

Rücksicht genommen werden muss, da dies auch Auswirkungen auf die Grundversorgung der anderen Gemeinden hat. Daher soll eine Kooperationsvereinbarung mit allen sieben Gemeinden abgeschlossen werden, die eine Sicherung der Nahversorgung sicherstellt. Die Ansiedlung und Realisierung von Nahversorgungsprojekten ist nach wie vor möglich, allerdings ist sie von der Verkaufsfläche für jede einzelne Gemeinde begrenzt. Diese errechnet sich aus der Kaufkraft der Wohnbevölkerung. Bürgermeister Erhard Peter erklärte, dass man in Böbing mit der Grundversorgung sehr gut aufgestellt ist und es äußerst unwahrscheinlich ist, dass ein großer Supermarkt in Böbing ansiedeln möchte. Bürgermeister Erhard Peter erläuterte weiter, dass gerade in Rottenbuch und Steingaden die Ansiedlung bzw. Erweiterung von Nahversorgung derzeit aktuelles Thema sind. Aber auch diese Gemeinden können nach Aussage der Bürgermeister für die gemeinsame Resolution zustimmen. Der Gemeinderat erklärte nach kurzer Beratung, dass man der Resolution zustimmen könne und man hoffe, dass sich die Gemeinden alle auch in Zukunft an die Vereinbarung halten.
Es erging folgender

Beschluss: 10 : 0

Der Gemeinderat stimmt dem Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zur Sicherung der Nahversorgung mit den Gemeinden Bernbeuren, Burggen, Prem, Wildsteig, Steingaden und Rottenbuch zu.

TOP 7/10

Errichtung von sog. Mitfahrerbankerl an den Bushaltestellen

Erster Bürgermeister Erhard Peter informierte den Gemeinderat über die Möglichkeit sog. Mitfahrerbankerl in Böbing an den Bushaltestellen zu errichten. In anderen Gemeinden wurde eine solche Mitfahrgelegenheit bereits geschaffen. Er schlug vor, dass an den Bushaltestellen Schilder mit Namen der Nachbarortschaften angebracht werden, die bei Bedarf umgeklappt werden. Damit wäre dem Autofahrer signalisiert, wo jemand hinmöchte. Die Kosten hierfür belaufen sich in einem überschaubaren Rahmen. Er erklärte weiter, dass die Idee auch zusammen mit dem Asylhelferkreis entstanden ist. Nach kurzer Beratung kam der Gemeinderat überein, dass die sog. Mitfahrerbankerl an den Bushaltestellen in Böbing errichten werden sollen.

Beschluss: 10 : 0

Der Gemeinderat stimmt der Errichtung von sog. Mitfahrerbankerl an der Bushaltestelle zu.

TOP 8/10

Sachstand Breitbandausbau

Erster Bürgermeister Erhard Peter informierte, dass in Sachen Breitbandausbau im Gemeindegebiet bisher lediglich die sog. Trenching-Strecken ausgebaut wurden. Bei mehreren Besprechungen wurden sowohl die Firma Nibler als auch die Telekom aufgefordert mitzuteilen, wann der Breitbandausbau in Böbing endlich beginnt. Bisher wurde keine Aussage getroffen bzw. immer auf einen späteren Beginn vertröstet. Man habe nun vor zwei Wochen beiden schriftlich mitgeteilt, dass man den Fertigstellungstermin des Ausbaus in Böbing nicht mehr als realisierbar ansieht. Bis Februar 2019 soll das Netz in Betrieb gehen, in den Wintermonaten ist ein Ausbau wahrscheinlich nicht möglich. Eine Rückmeldung der Firmen fiel bisher aus.
Bürgermeister Erhard Peter erklärte, dass er hierüber enttäuscht sei. Es wurde bereits Kontakt mit der Atene-kom in Berlin aufgenommen, um abzuklären, welche Schritte eingeleitet werden müssen, um en Bewilligungszeitraum zu verlängern.

TOP 9/10

Verschiedenes, Wünsche und Anträge

a) Erster Bürgermeister Erhard Peter berichtete über die Region17-Oberland-Sitzung und über das angefertigte Strukturgutachten.
b) Erster Bürgermeister Erhard Peter informierte über ein Schreiben der Landrätin das sämtliche Liegenschaften des Landkreises glyphosatfrei sind mit der Bitte das auch die gemeindlichen Grundstücke glyphosatfreie Zonen bleiben.
c) Erster Bürgermeister Erhard Peter berichtete, dass er dem Staatlichen Bauamt auf den teilweisen schlechten Zustand der Staatsstraße St2058 und der Kreissstraße WM 16 aufmerksam gemacht habe. Er habe noch keine Rückmeldung erhalten.
d) Erster Bürgermeister Erhard Peter informierte noch die Gemeinderäte, die in der letzten Sitzung nicht anwesend waren, über das Thema Datenschutz.
e) Erster Bürgermeister Erhard Peter informierte, dass für den Ausbau der Kreisstraße WM 24 derzeit die Grundstücksgespräche mit den Anliegern stattfinden.
f) Erster Bürgermeister Erhard Peter informierte, dass die nächste Gemeinderatssitzung voraussichtlich am 10.09.2018 stattfindet.
g) Gemeinderätin Bair erkundigte sich bezüglich des Weges Bußjäger/Bierling, dieser wurde im Flurbereich Sprengelsbach verlegt.
h) Erster Bürgermeister Erhard Peter informierte, dass letzte Woche der Notartermin für den Kauf des Kindergartens stattgefunden habe. Dies sei ein Meilenstein für die Gemeinde Böbing. Man habe nun zukunftssichere

Räumlichkeiten für die Böbinger Kindergartenkinder und könne noch in diesem Jahr mit dem Umbauplanungen beginnen.

Unterschrift Schriftführer

Unterschrift 1. Bürgermeister